

Ein falscher Schritt noch – und die LINKE geht unter

Lehren aus Fehlern und Schwächen der Linkspartei vor der Bundestagswahl ziehen*)

Ohne Zweifel lässt sich eine ganze Reihe äußerer Ursachen für das Wahldesaster der LINKEN finden: Verunsicherung und Zukunftsängste vieler Wähler angesichts der katastrophalen Krisen der jüngsten Zeit (Starkregen, Flutwellen, Hitzewellen, Brandkatastrophen, Flüchtlingsströme, Corona-Pandemie, eskalierende West-Ost-Konflikte ua.) - trotzdem weit überwiegend positive Sicht auf die allgemeine und eigene wirtschaftliche Lage - die mediale Zuspitzung der Wahlentscheidung zwischen den zwei Spitzenkandidaten der ehemaligen „Volksparteien“ - Laschets Wiederauflage der „Rote-Socken“-Kampagne - die erkennbare Abneigung von Scholz gegen eine mögliche Dreierkoalition mit der LINKEN usw. Doch ebenso unzweifelhaft sind die wichtigsten Ursachen des flächendeckenden Beinahe-Untergangs der LINKEN in deren eigenen Fehlern und Fehlentwicklungen zu suchen.

- Auf den ersten Blick fällt auf, dass der Linkspartei auf keinem gesellschaftlichen Gebiet eine mit den anderen Parteien vergleichbare Lösungskompetenz zugeschrieben wird, überall bleibt sie unter 10 % der Befragten. Das kennzeichnet ein zentrales Problem der Partei: Während für die Hälfte der Befragten »soziale Gerechtigkeit« ein »sehr wichtiges« Thema ist, traut nicht einmal ein Zehntel der Befragten der Linken Kompetenz auf diesem Feld zu, damit hat die Partei ein existenz-bedrohendes Defizit an Glaubwürdigkeit. Möglich, dass in ihren sozialen Forderungen keine durchgehende Linie einer sozial gerechten Ordnung erkennbar ist, oder dass eine solche Linie zwar erkannt, aber nur von einer kleinen Minderheit gutgeheißen wird - wahrscheinlicher aber werden die Versprechungen der anderen Parteien zur sozialen Gerechtigkeit für durchsetzbarer und daher effektiver gehalten. Ganz offensichtlich steht die LINKE in besonderem Maß in dem Dilemma jeder Oppositionspartei, ihre Forderungen von außerhalb des regierenden Machtapparats durchsetzen zu müssen. Bekanntlich gibt es gegen dies Dilemma für linke Parteien nur eine wirksame Strategie: die feste Verbindung mit außerparlamentarischen Aktionen. Da fragt es sich allerdings, ob die LINKE sich bei den wichtigen politischen Themen mit den „richtigen“, nämlich auf breiter Zustimmung in der Bevölkerungsmehrheit bauenden Bewegungen verbunden hat (Fridays for Future, Unteilbar, Seebrücke, Black Lives Matter uä.)? Müssten wir uns doch viel stärker in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, Mieterinitiativen usw. engagieren.

- Die Ausrichtung der LINKEN auf die Jüngeren und höher Gebildeten, die sich vor allem in den Universitätsstädten konzentrieren, ist wahltaktisch gescheitert. Diese Wählergruppen machen selbst in den größeren Städten, in denen die LINKE stärker verankert ist, nur einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung aus und haben obendrein weitaus stärker die Grünen und sonstige Parteien gewählt als die LINKE. Wenn über 60 % der Wahlberechtigten über 50 Jahre alt sind, können ohne besonderen Fokus auf die Älteren Wahlen nicht gewonnen werden. FDP und Grüne gewannen bei den Erstwählern 23 bzw. 22 % der Stimmen und deklassierten damit außer den ehemaligen „Volksparteien“ auch die LINKE, diese kam bei den Unter-30jährigen gerade mal auf 8 % (nach 11 % bei der 2017-er Wahl).

- Die Partei konnte (pandemiebedingt?) nicht rechtzeitig vor dem Wahltermin den allfälligen Führungswechsel durchführen, so dass den neuen Spitzen kaum Zeit blieb, noch eigene Akzente in der Wahlwerbung zu setzen. So kam das „Sofortprogramm“ viel zu spät, um den Wählern noch bekannt zu werden. Gleichzeitig offenbarte das im April erschienene Buch von Sahra Wagenknecht die innere Zerstrittenheit der Partei und befeuerte die öffentliche Debatte darüber. Was angesichts dieses Streits unklar blieb: Wer spricht für die Partei? Und für welches strategische Konzept?

- Das Profil der LINKEN als konsequente Interessenvertreterin der Arbeitenden und der sozial benachteiligten Mehrheit ist unscharf geworden. Und dies in einer Zeit, da die gesellschaftlichen Debatten immer stärker geprägt werden von identitätspolitischen Konflikten, moralisierenden Auseinandersetzungen um Nachhaltigkeit des Konsums und neuen Sprachregelungen um Gendersternchen, »cancel culture« und »wokeness«. Diese Debatten spiegeln durchaus ernste Konflikte in der Gesellschaft wieder, Konflikte um überkommene Ordnungsmuster einerseits und die Durchsetzung von Alternativen, neuen Verhaltensnormen und wirtschaftlichen Perspektiven. Die Treiber der Transformation unter Stichworten wie »Diversität«, »Nachhaltigkeit« und »grüner Kapitalismus« kommen aus der gesellschaftlichen Mitte, nicht aus den arbeitenden Klassen, nicht aus der unteren Einkommenshälfte. Die teilweise Verhärtung der Debatten zeigt: Die Mitte spaltet sich. Auch wenn vordem die einen CDU und die anderen SPD wählten, hatten sie doch gemeinsame Lebenswelten - nun aber sieht ein Teil seine Lebenswelt durch den anderen bedroht und entwertet. Viele in den letzten Jahren neu gewonnene Parteimitglieder der LINKEN kommen aus studentischen oder „Szene“-Milieus und haben wenig Bezug zu den Alltagsproblemen der breiten Masse der Bevölkerung. Gewerkschaftliches und sozialpolitisches Engagement ist ihnen nicht „mit der

Muttermilch“ eingeflößt worden. Gefährlich wird es aber für die Partei, wenn sie ihre Mittelschichtserfahrungen zum politischen Programm zu verallgemeinern trachten.

- Dringend haben wir zu klären, wie unsere Strategie den vor uns liegenden Umwälzungen gerecht werden soll. Adhoc-Antworten hier und da ergeben kein überzeugendes Konzept, wohin die Partei will, was sie mit der Gesellschaft vor hat. An strategischen Debatten fehlt es in der Partei gewiss nicht. Aber wenn eine strategische Konzeption nicht erkennbar wird, bleibt jede Partei in Zweifeln an ihrer Zukunftsfähigkeit gefangen (wie am Niedergang der CDU/CSU und vorher der GroKo-SPD zu sehen) Umso mehr fehlt es an einem strategischen Zentrum, das die Partei auf allen Ebenen hinter einer gemeinsamen Strategie versammelt.

- In Zukunft sollten wir allerdings auf grundlegende öffentliche Erklärungen verzichten, über die es bekannte Kontroversen innerhalb der Partei gibt, die aber aktuell überhaupt nicht zur Entscheidung anstehen (wie z.B. die Abschaffung der NATO oder „offene Grenzen für alle“ oder ein bedingungsloses Grundeinkommen ua.)

- Strategisch weiter zu klären sind Fragen wie diese:

?- Wen will die Linke erreichen und vertreten: die Einkommensschwachen und Niedriglöhnerinnen - und auch diejenigen, die an vorderster Front bei der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, von Wissenschaft und Technologie arbeiten – und/oder die schmale Schicht der auskömmlich abgedeckten urbanen linksliberalen Intelligenz (die ohnehin eher den Grünen und der FDP nahe steht)?

?- Welche Gerechtigkeitsvorstellungen, welche gesellschaftspolitischen Ordnungskonzepte prägen den demokrat. Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Was sollten angesichts der anstehenden Erfordernisse die Grundlagen des Sozialstaates und seiner Finanzierung in der politischen Ökonomie der zukünftigen Gesellschaft sein?

?- Auf welchem Staatsverständnis gründet die LINKE ihre demokratische Sozial- und Wirtschaftspolitik? Welche Rolle sollen darin Marktbeziehungen noch spielen, wo verlaufen deren Grenzen und welche alternativen Wirtschaftsbeziehungen sollen an ihre Stelle treten?

?- In welchem Verhältnis stehen Demokratie und staatliche Souveränität? Kann und soll nationalstaatliche Demokratie in supranationalen zwischenstaatlichen Vertragsbeziehungen aufgehoben werden?

?- Wie sehen demokratische Sozialisten die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt? Wie kann internationale Kooperation bei den globalen Fragen gelingen?

Wolf Stammnitz, 08.10.2021

*) Diese Wortmeldung basiert teilweise auf dem Wahlnachtbericht von Horst Kahrs für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und erweitert ihn.